

Bahnlinien über Grenzen in Gefahr

Frankreich plant neue Pauschalsteuer für die Nutzung der Gleise

PETER SCHENK

Für wenige Kilometer Fahrt auf französischen Bahngleisen könnten Steuern von fast 700 000 Franken anfallen. Auch der geplante Bahnanschluss des EuroAirports würde belastet.

Die französische Regierung plant eine neue Steuer für Triebwagen und Lokomotiven. Da diese pauschal erhoben werden soll, könnten schon für wenige Kilometer im grenzübergreifenden öffentlichen Verkehr erhebliche Kosten entstehen. Zwischen der Schweiz und Frankreich wäre etwa die geplante Verbindung Porrentruy-Delle-Belfort betroffen – aber auch die grüne Linie der Regio-S-Bahn zwischen der Nordwestschweiz und Mulhouse, falls der durchgehende Verkehr wieder aufgenommen wird, worauf unter anderem der Kanton Basel-Stadt hinarbeitet. Die Linie verkehrt zurzeit wegen Problemen bei der Zulassung des S-Bahn-Zugs Flirt in Frankreich nicht durchgehend.

«Die Steuer könnte auch den geplanten Bahnanschluss des Euro-

Airports sehr belasten», sagt Andreas Doppler, Schweizer Delegationsleiter im gemeinsamen Sekretariat der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz (ORK), die für den Raum von der Südpfalz über das Elsass und Südbaden bis in die Nordwestschweiz zuständig ist.

BELASTUNG. Für zwei Zugstrecken zwischen der Südpfalz und dem Nordelsass etwa geht die ORK von Kosten von jährlich fast 700 000 Franken aus. Dies, «obwohl auf den französischen Gleisen nur wenige Kilometer gefahren wird», wie es in der Medienmitteilung der ORK heisst. «Mit der Erhebung dieser Zugsteuer könnte der grenznahe Zugverkehr aus Kostengründen nicht aufrechterhalten werden», schreibt die ORK weiter.

Ähnlich äussert sich der Oberrheinrat, eine Art Parlament der Oberrheinregion: Die Pauschalbesteuerung für Triebwagen «belaste den grenzüberschreitenden Schienenverkehr überproportional und werfe die Ober-

rheinregion in ihren Bestrebungen zurück, grenzüberschreitende Zuglinien auszubauen», heisst es in der Mitteilung der Schweizer Delegation des Oberrheinrates. Der Rat hatte kürzlich im Hinblick auf die unterbrochene S-Bahn-Linie Mulhouse-Basel-Frick kritisiert, «dass die Zugbeschaffung in der Oberrheinregion zu wenig koordiniert erfolgt und nach wie vor Rollmaterial zum Einsatz kommt, das nicht länderkompatibel ist».

Auch die Region Elsass, die als Bestellerin für den Zugverkehr zuständig ist, hat sich dafür eingesetzt, dass die Verordnung zur Zugsteuer zurückgenommen wird. Tatsächlich hat der französische Vertreter in der deutsch-französisch-schweizerischen Regierungskommission, die am 9. Dezember in Offenburg tagte, Letzteres in Aussicht gestellt. Entschieden sei noch nichts, habe es im zuständigen Ministerium in Paris geheissen, betont Gaëlle Tortil, Mediensprecherin der Region Elsass. Wann der Entscheid falle, sei offen.